

Berlin, Köln, Frankfurt, den 1. Juli 2006

Für einen handlungsfähigen Hochschulverband der Linken

Von Mankel Brinkmann, Klaus Henning, Ruben Lehnert, Kolja Möller, Fanny Zeise

Vorbemerkung

Vom Umbau der Hochschulen...

Der neoliberale Umbau der Hochschulen schreitet voran. Es gelang nicht, die Errungenschaften der Bildungsreformen der 50er (Ostdeutschland) und 70er Jahre (Westdeutschland) zu verteidigen und die damals erfolgte bescheidene soziale Öffnung der Hochschulen auszubauen. Eine Demokratisierung der Hochschule war schon in den 70er Jahren in ihren Anfängen erstickt worden.

Die marktradikale Unterwerfung von Lernenden und Lehrenden in ihrer großen Mehrheit heute geht einher mit dem Abbau von bescheidenen Mitbestimmungsrechten, mit der dramatischen Verschlechterung der Studienbedingungen und mit der Verschärfung der sozialen Auslese unter anderem durch die Einführung von Studiengebühren, weitgehende Absenkung der Bafögempfängerzahlen und die geplante Senkung der Kindergeldanspruchsgrenze von 27 auf 25 Jahre.

Die Interessen der Wirtschaft halten per Drittmittelforschung und Elitehochschulen Einzug in Forschung und Lehre und verhindern kritische Wissenschaft.

Gleichzeitig verschlechtern sich die Perspektiven für große Mehrheit der Studierenden. Sie gehören schon lange nicht mehr per se zur Elite der Gesellschaft. Erwerbslosigkeit macht auch vor AkademikerInnen nicht halt. Für viele Studierende sind die Lebens- und Berufsperspektiven durch zunehmende Prekarisierung geprägt.

Der marktzentrierte Umbau der Gesellschaft betrifft Studierende innerhalb und außerhalb der Hochschulen und zeigt die Notwendigkeit grundsätzlicher politischer Debatten und linker Forderungen. Anstöße hierzu gingen in den vergangenen Jahren unter anderem von der globalisierungskritischen Bewegung und der Friedensbewegung aus. Jüngst machte der erfolgreiche Protest gegen die Aufhebung des Kündigungsschutzes für junge Beschäftigte in Frankreich deutlich, wie offensichtlich die gemeinsame Betroffenheit von Studierenden als angehende WissensarbeiterInnen und ArbeitnehmerInnen ist.

Diese Beispiele machen den Widersinn einer konstruierten Trennung von hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Mandat deutlich, mit der den Verfassten Studierendenschaften seit Jahrzehnten die politische Meinungsäußerung untersagt werden soll. Linke Politik an der Hochschule muss zwangsläufig den Zusammenhang zwischen

Universität und Gesellschaft thematisieren und sich – neben der Hochschul- und Wissenschaftspolitik – mit den alten und neuen politischen Fragen von Krieg und Frieden, Wirtschaft und Verteilung, Demokratie und Freiheit beschäftigen.

Gleichzeitig bleibt es sinnvoll, dort Politik zu machen, wo wir leben und arbeiten. Für Studierende heißt das, auch die Universität als politischen Ort zu nutzen und die dortigen drängenden Probleme und Themen aufzugreifen.

...zur Verschlechterung der Rahmenbedingungen für linke Politik

Die Defensive der Linken bei den wichtigen hochschulpolitischen Themen geht mit einer Schwäche linker Strukturen an den Hochschulen einher. Immer mehr Ästen werden von Konservativen und Liberalen gestellt, während linke Hochschulgruppen ihre Mehrheiten verlieren. An vielen Universitäten sind linke Gruppen zersplittert und uneins. Eine durchsetzungsfähige linke Interessensvertretungspolitik gelingt nur punktuell.

Lokale linke Hochschulgruppen können oftmals die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllen. Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit am Campus, Beteiligung an Protesten, Mitarbeit in den Universitätsgremien – viele Hochschulgruppen sind damit personell und politisch überfordert.

Die Situation der Studierenden ist durch die Modularisierung und Verschulung der Studiengänge, den Druck des Arbeitsmarktes, die unzureichende Höhe des BAföG und durch die Notwendigkeit von Nebenjobs geprägt. Dadurch werden Freiräume für politische Aktivitäten der Studierenden knapper. Durch die Einführung der BA/MA Studiengänge und den zunehmenden Druck auf die Studienzeiten verschärft sich zudem ein spezifische Problem von Hochschulgruppen: Studierende sind nur noch einen sehr begrenzten Zeitraum an der Uni. Hinzu kommt, dass kritische und politische Reflexion innerhalb der Lehre auf Grund der Umstrukturierung der Studiengänge und dem Wegfall linker Professorinnen und Professoren der 68er Generation immer weniger Raum einnimmt. Insgesamt wird durch diese Entwicklungen eine schlagkräftige und kontinuierliche politische Arbeit an der Hochschule erschwert.

Diese gewandelte Situation von Studierenden in Hochschule und Gesellschaft stellt die gegenwärtigen linken Strukturen vor Probleme. Auf der einen Seite haben die Parteihochschulgruppen von GRÜNEN und SPD angesichts des gesellschaftlichen Umbaus, der maßgeblich durch ihre Mutterparteien angeführt wurde, jede Fähigkeit verloren, grundsätzliche Proteste der Studierenden zu tragen. Zugleich führt die Verengung von Freiräumen an den Hochschulen dazu, dass die breite linke Subkultur weg bricht, auf die sich lokale linke und eher informell organisierte Gruppen und Initiativen an der Hochschule stützen konnten.

Auf der anderen Seite hatten in den letzten Jahren viele junge Menschen Anteil an der globalisierungskritischen Bewegung, der Friedensbewegung und - in geringerem Maße - an den Sozialprotesten und den dortigen über den Kapitalismus hinausweisenden Debatten. Obwohl viele von ihnen studieren, ging von den Bewegungen kein erfolgreicher Impuls zur organisierten Verankerung dieser Debatten und ihre daraus folgenden politischen Praxis an den Universitäten aus.

Ähnliches gilt für die zum Teil erheblichen Studierendenproteste und Streiks der vergangenen Jahre. Auch hier führte die Zögerlichkeit, sich formale und dauerhafte

Strukturen zu geben dazu, dass politische Arbeit und Organisation jenseits der wiederkehrenden Protestwellen nicht an den Hochschulen verankert wurde.

Hinzu kommt, dass, auf Grund der föderalen Struktur im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, die einzelnen Bestandteile der hochschulpolitischen Gegenreform ungleichzeitig durchgedrückt werden. Die Studierendenproteste verharren daher meist vollständig auf der Ebene der Bundesländer und konnten nicht zu einer machtvollen bundesweiten Bewegung, die sich gegen die grundsätzlichen Weichenstellungen wendet, ausgeweitet werden.

Diese fehlende kontinuierliche, bundesweite Handlungsfähigkeit, ist auch durch den Mangel einer bundesweiten Organisation linker Studierendenstrukturen zu erklären.

1. Bundesweiter, handlungsfähiger, linker Hochschulverband

Aus den obigen Überlegungen ergibt sich aus unserer Sicht die Notwendigkeit eines bundesweiten, handlungsfähigen linken Hochschulverbandes.

Ein bundesweiter Hochschulverband ermöglicht es, sich bundesweit auf grundsätzliche linke Positionen zu verständigen und die derzeitige regionale Zersplitterung zu überwinden. Mit einem klaren politischen Profil können wir unseren Forderungen Gehör in bundesweiten Debatten verschaffen.

Gleichzeitig muss der Hochschulverband bundesweit handlungsfähig sein und über ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen verfügen. Gerade angesichts der skizzierten Lebenssituation der Studierenden ist es notwendig, die lokalen Gruppen wechselseitig durch einen starken Hochschulverband mit beispielsweise Bildungsveranstaltungen, Flugblättern und Kampagnen zu stützen. Zugleich legt diese Situation Individualmitgliedschaften nahe, um den Aufbau von lokalen Hochschulgruppen zu erleichtern.

Auf der anderen Seite müssen die Hochschulgruppen auf lokaler Ebene handlungsfähig sein und Entscheidungen über Bündnisse an der Hochschule, Kandidaturen zu StuPa-Wahlen oder die Arbeit in Hochschulgremien und ähnliches eigenständig treffen.

Die Öffnung des Hochschulverbandes gegenüber DoktorandInnen und möglicherweise den Lehrbeauftragten und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen des Mittelbaus scheint dabei sinnvoll. DoktorandInnen, MitarbeiterInnen und Lehrbeauftragte würden die politische Arbeit der Hochschulgruppen durch ihre wissenschaftliche Tätigkeit zusätzlich befruchten. Da ihre Verweildauer an den Universitäten diejenige der Studierenden oftmals übersteigt, tragen sie zur Kontinuität der Arbeit bei. Vor allem aber sind sie von den hochschulpolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in ähnlicher Weise betroffen wie die Studierenden.

2. Ein bundesweiter Hochschulverband der Partei

Wir beziehen uns positiv auf die neu zu gründende Partei der Linken, weil sie für einen gesellschaftlichen Aufbruch steht. Zum einen ist sie Ausdruck gesellschaftlicher Bewegungen, etwa der Erwerbslosenproteste und sozialen und gewerkschaftlichen Engagements. Zum anderen hat sie schon heute Ausstrahlungskraft auf emanzipatorische soziale und politische

Bewegungen. Damit schafft sie die Voraussetzung geschaffen, eine zentrale Rolle in den kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzunehmen.

Wir fordern von der Partei der Linken nicht nur, dass sie unsere politischen Anliegen vertritt. Wir fordern auch, dass sie Teil der Bewegung gegen den neoliberalen Hochschulumbau ist und an der Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte der Studierenden, der jungen Erwerbstätigen und der Lehrenden im Mittelbau auf allen Ebenen aktiv teilnimmt.

Aus diesem Grund wollen wir uns selbst, mit unseren Diskussionen, Positionen und unserer Pluralität in die Partei einbringen und diese dort verankern. Dabei ist für uns eine Beschränkung auf die Hochschule ausgeschlossen. Wir wollen aktiv an den kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, dem neuen Parteiprojekt und damit am Aufbau einer gesellschaftlichen Linken teilnehmen.

Konkret bietet ein Hochschulverband der Partei der Linken die Möglichkeit, Einfluss auf die Ziele und den Weg der Partei zu nehmen. Dazu muss der Hochschulverband Mitspracherechte in den Gremien der Partei haben. Darunter fallen Antragsrechte, Delegiertenmandate und die Kooptierung in Landes- und Bundesvorstände.

Auf der anderen Seite soll der Hochschulverband unabhängig von der Mutterpartei eigene Positionen formulieren und öffentlich vertreten. Dazu sind eigene Verbandsstrukturen notwendig, die die Unabhängigkeit von der Mutterpartei sichern. Dies betrifft die Sicherstellung eines eigenen Etats ebenso wie regelmäßige Delegiertenkonferenzen. Diese sollten über Ziele und Wege des Hochschulverbandes, aber auch über die Zusammensetzung des Vorstandes und der Geschäftsführung befinden.

Gleichzeitig wollen wir einen offenen Hochschulverband der auch Nicht-Parteimitglieder aufnimmt. Eine gesellschaftliche Linke kann nur gemeinsam mit linken und möglicherweise gegenüber Parteien skeptischen Menschen aufgebaut werden

Aus der Anbindung an die entstehende Linkspartei erwächst die Möglichkeit, deren schon bestehenden politischen Einfluss auf einen nicht zu unterschätzenden Teil der Studierenden und Lehrenden organisatorisch zu bündeln und als bundesweite Kraft einzubringen. Gemeinsam zu entwickelnde politisch-programmatische Grundaussagen, ein gemeinsames Logo und gemeinsamen Aktivitäten erhöhen die Ausstrahlungskraft der lokalen Hochschulgruppen und stärken ihre Durchsetzungsfähigkeit.

Zudem verfügt die Partei über organisatorische und finanzielle Mittel, von denen der Hochschulverband profitieren und die eine Kontinuität politischer Arbeit gewährleisten könnte. Die Sicherung der finanziellen Mittel sollte darüber hinaus über eigene Mitgliedsbeiträge und durch die öffentlich finanzielle Förderung angestrebt werden.

3. Chancen für die Linke

Universitäten und Hochschulen bleiben ein wichtiger Ort gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Die Zeit des akademischen Elfenbeinturms ist vorbei. Die Zuspitzung der materiellen Verteilungskämpfe in der Gesellschaft überträgt sich, möglicherweise in verschärfter Form, auf die Universitäten und Hochschulen. Die Linke darf dabei nicht im Abseits stehen. Studierende können schon heute, das zeigen die Erfahrungen in Frankreich, einen wichtigen Beitrag für die Entfaltung breiterer Bewegungen gegen neoliberale Politik und dem Abbau sozialer und demokratischer Rechte spielen.

Im Kampf um die Hegemonie der Ideen und Werte nehmen Hochschulen und Universitäten eine herausragende Stellung ein. Studierende und Dozierende bilden ob ihrer gesellschaftlichen Stellung eine wichtige Meinungsträgerschaft. Die Verbindung der Studierendenschaft zur kritischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern fördert die politische Bildung und Schulung von Aktivistinnen und Aktivisten und beeinflusst das Denken von Menschen, die noch nicht wissen, dass sie links sind.

Die Chancen der Linken an den Hochschulen und Universitäten sind groß. Unter den 4,1 Millionen Wählerinnen und Wählern, die am 18. September der Linken ihre Stimme gaben, waren über 100.000 Studierende. Sie stehen dem Projekt einer neuen Linken aufgeschlossen gegenüber. Das zeigen auch die Erfahrungen der Speakers' Tour. Viele von ihnen sympathisieren mit über den Kapitalismus hinausweisende Ideen.

4. Jugendorganisation und Hochschulverband

Das zukünftige Verhältnis zwischen Jugend- und Hochschulstrukturen der neuen Partei ist noch offen. Klar scheint, dass es notwendig sein wird, statuarisch die verschiedenen Tätigkeitsfelder und Zielgruppen festzulegen, um schädliche Konkurrenz zwischen beiden Organisationsformen zu verhindern.

Für Fragen, Anmerkungen, Ergänzungen und Kritik sind wir dankbar. Gleichfalls stehen wir für Diskussionen jederzeit gerne zu Verfügung.

Mankel Brinkmann, mankelito@t-online.de, 01634813944

Klaus Henning, hennkl@aol.com, 01748529873

Ruben Lehnert, ruben.lehnert@gmx.de, 017629649375

Kolja Möller, walmoe@t-online.de, 01778938282

Fanny Zeise, fannyzeise@gmx.de, 01606691924